

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, der 72. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein besonderer Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir dürfen heute einer Kollegin und einem Kollegen ganz herzlich zum **Geburtstag** gratulieren. Frau Kollegin Dagmar Andres von der SPD-Fraktion feiert heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Der zweite Kollege ist Herr Kollege Wilhelm Droste von der CDU-Fraktion. Herr Kollege Droste, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Beiden Geburtstagskindern kann ich sicherlich interessante und vielleicht sogar kurzweilige Stunden hier im Plenum versprechen, aber auf keinen Fall, dass sie schon heute Nachmittag den Plenarsaal wieder verlassen können. Sie wissen, die Plenarsitzung dauert heute sehr lange.

Vor Eintritt in die Tagesordnung will ich Sie gerne darüber informieren, dass sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt haben, den morgigen ursprünglichen Tagesordnungspunkt 12 „Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung abdämpfen – Demografieansatz im GFG stärken“, Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/6685, und den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 8 von Freitag „Steuererhöhungsspirale der Kommunalsteuern beenden – fiktive Hebesätze im kommunalen Finanzausgleich langfristig absenken!“, Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/6684, in Verbindung mit dem Einzelplan 03 und dem Gemeindefinanzierungsgesetz in Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Tagesordnung zu beraten.

Damit hätten wir, wenn Sie damit einverstanden sind, Auswirkungen auf die morgige und die freitägliche Tagesordnung, was den Ablauf der Plenarsitzung angeht. – Widerspruch gegen diese Veränderungen und Verständigung sehe ich nicht. Dann haben wir jetzt so verfahren. Die **geänderte Tagesordnung** ist der Live-Tagesordnung im Internet bzw. im Intranet in wenigen Minuten zu entnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit **treten wir in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

Und:

1. und 2. Ergänzung
Drucksachen 16/6710
und 16/6990

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/7500 bis 16/7507, 16/7509 bis
16/7515 und 16/7520

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2014 bis 2018 mit Finanzbericht 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/6501

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7521

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – GFG 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6502

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/6990

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7517

zweite Lesung

Bevor wir in die Debatte und die eigentliche Haushaltsplanberatung eintreten, will ich gerne daran erinnern, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, das Beratungsverfahren so durchzuführen, wie Sie es der Tagesordnung entnehmen können. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass wir nach Beendigung der Aussprache über jeden Einzelplan Abstimmun-

gen über diesen Einzelplan durchführen. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zu nächst über diesen Änderungsantrag abgestimmt.

Über den Einzelplan 20 stimmen wir allerdings erst morgen ab. Auch über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2015, über das Haushaltsgesetz selbst sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz stimmen wir morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab. Das noch einmal zur Erläuterung der Abstimmungen in der zweiten Lesung.

Als Letztes – auch das ist eine Ihnen bekannte Übung –: Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden heute keine Abstimmungen statt.

Nach all diesen vielen Vorbemerkungen, die notwendig sind, damit das Verfahren korrekt ablaufen kann, rufe ich auf:

**Grundsatzdebatte
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

In Verbindung mit:

Einzelplan 20
(Allgemeine Finanzverwaltung)

In Verbindung mit:

Einzelplan 12
(Finanzministerium)

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2014 – 2018 und Finanzbericht 2015

Ich eröffne die Aussprache zu einer Grundsatzdebatte, wie verabredet. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushalts- und Finanzpolitik der Landesregierung ist inzwischen an einem Punkt angekommen, an dem offensichtlich ist: Der Weg, den Rot-Grün in den letzten vier Jahren beschritten hat, geht nicht mehr weiter. Durch die erheblichen Zusatzausgaben, mit denen diese Landesregierung seit 2010 den Haushalt belastet hat, hat sich ein Schuldensockel von gut 3 Milliarden jährlich gebildet. Und die einzige Sparmaßnahme, Ihre Beamtenbesoldungsregelung, war verfassungswidrig.

Aus dem Abschlussbericht der gescheiterten PR-Aktion Effizienzteam kann man nichts entnehmen.

Denn der Abschlussbericht dieses Effizienzteams liegt bis heute nicht vor. Herr Minister, auch hier gilt: Die Sommerpause ist zu Ende. – Der Bericht ist nicht da. Ich kann mir auch vorstellen, warum er nicht da ist. Mit einem dort entdeckten Einsparpotenzial von 0,2 % des Haushalts ist all das nicht der Rede wert.

Zwischenzeitlich – wenn wir das so grundsätzlich diskutieren, wird es noch deutlicher, mit welchem Pepita diese Landesregierung unterwegs ist – wurde den Gästen der Landesregierung in beschämender Weise nur noch Leitungswasser gereicht. Und gleichzeitig ist in den Köpfen des Kabinetts noch nicht die Einsicht gedämmert, dass es neben einer ökologischen und einer sozialen Dimension auch eine finanzpolitische Dimension der Nachhaltigkeit gibt. Es fehlt offensichtlich das Denken im magischen Dreieck der Nachhaltigkeit.

Vielleicht sollte Kollege Mostofizadeh, nachdem er in den letzten Tagen das eine oder andere bei Landesförderungen entdeckt hat, das mal mit dem Umweltminister persönlich besprechen. Denn der weigert sich sogar, dem Parlament trotz umfangreicher Anfragen der Opposition offenzulegen, wofür er seine knappe Milliarde an Steuergeld überhaupt ausgibt. Das ist ein ziemlich einzigartiger Verweigerungsvorgang.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Ergebnis bleibt eine Landesregierung übrig, die selbst nicht mehr weiterweiß.

Dann regte jemand – der DGB – als Sofortmaßnahme die erneute Erhöhung der Grunderwerbsteuer an. Diesen Vorschlag haben sich die Regierungsfractionen zu eigen gemacht. Herr Römer hat Krokodilstränen darüber vergossen, wie schwer das gefallen sei. Trotzdem haben Sie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Dazu hatten wir gestern im Plenarsaal eine umfassende Anhörung mit 23 Sachverständigen. Von diesen 23 Sachverständigen haben 21 auf die erheblichen negativen Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Struktur dieses Landes hingewiesen. Nur, der als Sachverständige ebenfalls geladene DGB – man erinnere sich, bei den Anhörungen zum Haushaltsverfahren noch der Ideengeber, der Souffleur – war erst gar nicht da. Hat da jemanden vielleicht das schlechte Gewissen eingeholt?

Klar ist nur, dieser Etat, wie er heute beraten wird, hat immer noch ein Loch in dreistelliger Millionenhöhe. Dieser Etat braucht offensichtlich, um überhaupt in die Nähe eines rechnerischen Ausgleichs zu kommen, noch Ihre Grunderwerbsteuererhöhung, die aber noch im Verfahren ist. Eigentlich ist eine zweite Lesung über einen solchen Etat nicht redlich. Denn dieser Etat ist nicht ausgeglichen.

(Beifall von der CDU)

Was sind die Ursachen? – Wir wissen, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen seit Jahren unterdurchschnittlich wächst. Die Ursachen dafür sind vielfältig, aber sie liegen vor allem in einer geringeren Produktivität, in geringeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung und geringeren Investitionen als im Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen investiert weniger als an anderen Standorten, und das hat Gründe. Wenn das aber heute schon so ist, Frau Ministerpräsidentin, dann ist eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer ein weiterer Baustein zur Schwächung des Standorts Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine solche Schwächung ist nicht nur unverantwortlich, sie ist auch baupolitischer Unsinn. Herr Minister Groschek schließt ein Bündnis für Wohnen NRW, dessen Kernziele bezahlbar, generationengerecht und energieeffizient heißen. Dem kann man ja auch zustimmen.

(Beifall von Minister Michael Groschek)

– Herr Minister, gerne. Dem stimmen wir gerne zu. Aber die Regierungsfractionen machen es Ihnen jetzt mit diesem Gesetz viel schwieriger, bezahlbaren Wohnraum herzustellen. Denn alles das, was jemand in Grunderwerbsteuerzahlungen an das Land Nordrhein-Westfalen investiert, hat er nicht mehr als Eigenkapital für den Erwerb von Wohnungen, hat er nicht mehr für den energetischen Umbau von Wohnungen, und damit wird die Sanierung vieler alter Häuser unerschwinglich oder jedenfalls deutlich erschwert.

Während in Nordrhein-Westfalen Gäste mit Leitungswasser bedient worden sind und täglich aufs Neue solche wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen getroffen werden, verhandelt die Ministerpräsidentin nach ihrer Meinung kraftvoll für den Länderfinanzausgleich nach 2019. Mit den Problemen der Jahre 2015, 2016 und 2017, mit der zweiten Hälfte der Wahlperiode, beschäftigt sie sich schon gar nicht mehr. Denn dafür hat sie ja keine Rezepte.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist ja unterirdisch!)

Um allerdings von den Verhandlungspartnern unter den Ländern und beim Bund ernst genommen zu werden, müsste man alle Fakten auf den Tisch legen und dürfte man nicht verschweigen, dass wir von den anderen eben nicht benachteiligt worden sind, sondern gerade in den 80er-Jahren von den europäischen Strukturmitteln und von Sonderprogrammen, vom Jahrhundertvertrag, vom Kohlepfennig und von vielem anderen zu Recht in Milliardenhöhe profitiert haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Seit Rüttgers nicht mehr!)

Frau Kraft verschweigt außerdem, dass wir bundesweit nur deshalb in bestimmten Statistiken bei den Pro-Kopf-Ausgaben unterdurchschnittlich dastehen, weil wir gleichzeitig den höchsten Kommunalisierungsgrad haben. Das heißt, ein großer Teil der Ausgaben, die andere in ihren Landesstatistiken bei Landesausgaben haben, tauchen bei uns bei den Kommunen auf. Das ist durchaus eines der Probleme, warum die Kommunen in Nordrhein-Westfalen so schlecht dran sind.

(Beifall von der CDU)

Wenn man es mal ganz plastisch an einem Beispiel deutlich macht: 34.000 Beschäftigte bei den Landschaftsverbänden erbringen im Kern Aufgaben des Landes, obwohl diese Landschaftsverbände kommunal verfasst sind, und sie werden zu einem erheblichen Teil kommunal finanziert, sodass wir aus den Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen eigentlich das herausrechnen müssten, was die über die Landschaftsumlagen zur Finanzierung von Landesaufgaben wieder nach oben abgeben.

Die Ministerpräsidentin verschweigt auch, dass wir im Haushalt 2015, wenn wir den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen zusammenrechnen, offensichtlich – so hat es der Finanzminister vorgelegt – mit 1,6 Milliarden € rechnen. Dann ist der Umsatzsteuervorgewegungsausgleich mit seinen Summen, die wir dann haben, nur noch dazu in der Lage, das Plus, das er sich da errechnet, auf 800 Millionen zu bringen. Eine so tolle Geberleistung, Herr Minister, ist das nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Ministerpräsidentin sagt auch nicht, dass Steuererhöhungen Gift für die Konjunktur sind. Denn wenn sie das sagen würde, dann dürften ihre Koalitionsfraktionen auch keinen Gesetzentwurf zur Grunderwerbsteuererhöhung einbringen. Sie sagt trotzdem aus ihrer Sicht – ich zitiere –, diese Schuldenbremse sei ein Fetisch. Ich habe mir in der Vergangenheit unter einem Fetisch etwas anderes vorgestellt.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Offensichtlich geht es dieser Landesregierung zur Halbzeit dieser Wahlperiode nur noch um Ideologie und um Machterhalt. Unserem Land fehlt damit offensichtlich eine echte Regierung. Die Ministerpräsidentin und der Finanzminister lamentieren stattdessen stundenlang vor jedem Mikrofon, das ihnen hingehalten wird. Aber lamentieren statt agieren, das ist kein gutes Regierungsmotto.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt kommen die Konzepte der CDU!)

Man könnte es auch so sagen, wie es der eine oder andere ehrliche Arbeiter im Ruhrgebiet wahrschein-

lich stattdessen sagen würde, nicht so akademisch, wie wir es hier sagen: Rumlabern statt anpacken, das ist weder passend zum Image eines ehrlichen Arbeiters, noch ist es aktive Zukunftsgestaltung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Regierung ist schon zur Halbzeit am Ende. Aber um es mit Joseph Roth zu sagen: Das Ende zieht sich noch etwas – zum Schaden des Landes und der hier lebenden Menschen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Optendrenk, sind Sie ja ziemlich groß gestartet. Offengestanden: Wenn Sie uns wenigstens tiefere Einblicke in Ihre Fantasie von einem Fetisch gegeben hätten, hätten wir wenigstens noch etwas lernen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Stattdessen mühen Sie sich hier sozusagen in einer Art Generalkritik an der Regierung und der Haushaltspolitik ab, ohne einmal mehr auch nur einen einzigen sachdienlichen Vorschlag dazu zu machen, wie Sie es denn besser machen würden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das, meine ich, kann man doch von einer Opposition allemal erwarten. Denn in der Tat haben Sie auch in Ihrer Rede wieder beharrlich schlicht und einfach die Fakten geleugnet und verweigert, sie zur Kenntnis zu nehmen, nämlich die Fakten dieses Landeshaushalts 2015, zu denen die Opposition – da muss ich ausdrücklich die FDP und die Piraten mit einschließen – bislang nichts nennenswertes Eigenes beigetragen hat, der trotz schwieriger Ausgangsbedingungen als weiterer Schritt in Richtung Schuldenbremse zu werten ist und dabei auch noch die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte und Prioritäten setzt.

Was Sie nicht wegdiskutieren können, ist doch der Umstand, dass sich die Nettoneuverschuldung in diesem vorgelegten Haushalt mit Stand zweite Ergänzung und zweite Lesung von 3,2 Milliarden € auf 2,25 Milliarden € reduziert. Das ist nun wirklich eine nennenswerte Leistung, und das, obwohl die ursprünglich von der Regierung beabsichtigten Einsparungen durch das Beamtenbesoldungsgesetz in Höhe von 700 Millionen € bekanntermaßen nicht realisiert werden konnten. Das ist nun einmal so.

Trotzdem hat es der Finanzminister vermocht, diese Neuverschuldung auf einen historisch niedrigen

Stand in Nordrhein-Westfalen zu reduzieren. Ich finde, dafür gebührt Ihnen, Herr Finanzminister, und der gesamten Landesregierung unser Respekt.

(Beifall von der SPD)

Insgesamt werden in diesem Haushaltsentwurf 2015 etwa 1,5 Milliarden € eingespart. Die verschiedenen Elemente, aus denen sich das zusammensetzt, sind im Prinzip sattem bekannt. Ich möchte trotzdem zumindest das eine oder andere noch einmal benennen: Die Personaleinsparungen verschiedenster Herkunft betragen insgesamt etwas mehr als 500 Millionen €, also beispielsweise durch die Besoldungsanpassung 2013/2014 bei den Personalausgaben im Allgemeinen oder auch durch den Abbau von Stellen im Haushalt.

Hinzu kommen Einsparungen bei den Förderprogrammen in Höhe von etwa 145 Millionen €, weitere etwa 30 Millionen € bei den Landesbetrieben durch Einsparungen bei Mietausgaben oder auch durch die vom Finanzminister vorgeschlagene und umgesetzte Zusammenlegung von Oberfinanzdirektionen sowie weitere 830 Millionen € durch sparsames Haushalten in den Ministerien insgesamt. Dadurch ergibt sich diese Summe von 1,5 Milliarden €.

Ich hatte gerade gesagt, dass die Regierung es trotz dieser Einsparungen vermocht hat, auch noch die richtigen Schwerpunkte und Prioritäten zu setzen. Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche sind und bleiben der rote Faden nicht nur in der Haushaltspolitik, sondern in der Politik dieser Regierung insgesamt.

Knapp 16 Milliarden € fließen allein in die schulische Bildung, etwa 2 Milliarden € in die frühkindliche Bildung, inklusive des Ausbaus der U3-Betreuung auf etwa 166.000 Plätze – eine Zahl, die sich die schwarz-gelbe Vorgängerregierung nicht einmal in ihren kühnsten Träumen hätte vorstellen können –,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und etwa 7,7 Milliarden € fließen in Wissenschaft und Forschung.

Damit will ich summa summarum sagen: Mehr als jeder dritte Euro des Landeshaushalts fließt in die Bereiche Kinder und Bildung. Das ist eine Leistung, auf die wir verflixt stolz sind und auf die auch eine Opposition stolz sein sollte,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wenn sie das ehrlich zugeben würde.

Hinzu kommt – das haben wir bereits zur dritten Lesung angekündigt –, dass wir 91 Millionen € zur Verfügung stellen wollen, um die größte humanitäre Herausforderung seit Jahrzehnten, nämlich die Aufnahme von Flüchtlingen in den Städten und Gemeinden unseres Bundeslandes, zu finanzieren. Dies wollen wir durch Leistungen an Kommunen, durch eine bessere Gesundheitsbetreuung und andere Dinge mehr gewährleisten, die alle mit dieser

riesigen, humanitären Aufgabe zugunsten von Flüchtlingen und der Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft zusammenhängen. Auch das ist ein absolut wichtiger und richtiger Schritt.

Auch in dieser Hinsicht möchte ich nicht nur der Landes-, sondern auch der Bundesregierung danken, dass sie, wenn auch reichlich spät, auf Druck der Sozialdemokratie

(Zurufe von der CDU: Oh!)

jetzt doch für zwei Jahre 1 Milliarde € bereitgestellt hat, um tatsächlich Flüchtlinge und die Kommunen in unserem Land zu unterstützen.

(Beifall von der SPD)

Wir werden die Schulsozialarbeit in unserem Land weiter ermöglichen. Auch hier bin ich der Landesregierung sehr dankbar, dass sie gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen eine Leistung landespolitisch finanziert, die nicht unmittelbar landespolitische Aufgabe ist.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das hat auch lange genug gedauert!)

Es wäre richtiger gewesen – das möchte ich noch einmal klipp und klar sagen –, wenn die Bundesregierung, sprich der Deutsche Bundestag, dieses Geld zur Verfügung gestellt hätte.

(Beifall von der SPD)

Aber es hilft alles nichts: Dieser Streit wäre vermutlich noch monate- und jahrelang weitergegangen, und zwar auf dem Rücken der Kommunen, auf dem Rücken der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, vor allem aber auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen, zu deren Gunsten diese Leistung überhaupt nicht mehr wegzudenken ist.

Deswegen ist es richtig, dass die Landesregierung und die koalitionstragenden Fraktionen sich hier ein Herz genommen und gesagt haben: Auch wenn wir nicht originär zuständig sind, tun wir hier das Mögliche. – Dieses Förderprogramm, das wir auflegen, wird deswegen von den Kommunen landesweit begrüßt. Ich finde das richtig.

Herr Kollege Laschet, ich finde, Sie würden Größe zeigen, wenn Sie anerkennen würden, dass es ein richtiger Schritt der Landesregierung ist.

(Armin Laschet [CDU]: Der Bund hat das Geld gegeben!)

Stattdessen mäkeln Sie wieder herum, dass das vielleicht alles nicht genug sei.

(Beifall von der SPD)

Der Bund, Herr Kollege Laschet, ist zuständig und nicht das Land. Das müssten Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU eigentlich mindestens so gut wissen wie ich.

(Armin Laschet [CDU]: Der Bund hat 250 Millionen € gegeben! – Stefan Zimkeit [SPD]: Dass Ihnen die Landesinteressen völlig egal sind, ist beschämend, Herr Laschet!)

Ein dritter Punkt, den wir noch zur dritten Lesung einbringen werden – auch das ist angekündigt –, ist, Kostensteigerungen im Bereich der offenen Ganztagschule zu dynamisieren und aus dem Landeshaushalt zu finanzieren. Auch das ist eine weitere Einzahlung für unseren politischen Schwerpunkt, nämlich für Bildung, für Kinder und Jugend. Auch diesen Punkt möchten, wollen und werden wir zur dritten Lesung einbringen und beschließen.

Damit habe ich – der langen Rede kurzer Sinn – belegt, mit welchen Maßnahmen die Nettoneuverschuldung auf 2,25 Milliarden € reduziert werden konnte.

Spätestens an dieser Stelle, Herr Kollege Optendrenk, will ich Ihrem kleinen Ausflug in die Bund-Länder-Finanzbeziehungen zumindest dem Grunde nach folgen. Denn es ist richtig: Wenn man trotz dieser enormen Einsparungen, wenn man trotz der richtigen Prioritätensetzung selbst dort, wo das Land nicht originär zuständig ist, immer noch eine Nettoneuverschuldung von 2,25 Milliarden € machen muss, dann zeigt sich doch, dass im System der Bund-Länder-Finanzbeziehungen etwas faul ist, dass etwas nicht richtig sein kann und dass wir deswegen hier dringend eine Reform brauchen.

Nordrhein-Westfalen ist in diesem System der Bund-Länder-Finanzbeziehungen benachteiligt. Der Landesverkehrsminister Groschek hat in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, wie sich das beispielsweise im Bereich der Verkehrsinfrastruktur verhält.

(Armin Laschet [CDU]: Hat er schlecht verhandelt?)

Wir haben durch den Finanzminister und die Ministerpräsidentin immer wieder nachgewiesen, dass es auch unmittelbar im Länderfinanzausgleich schlicht und einfach nicht gerecht zugeht.

Wenn ein Land wie Nordrhein-Westfalen die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer hat,

(Armin Laschet [CDU]: Ach du Schreck!)

wenn ein Land wie Nordrhein-Westfalen nach den Stufen des Länderfinanzausgleichs in der Steuerkraft von Platz 5 auf den letzten Platz aller Bundesländer zurückfällt,

(Armin Laschet [CDU]: Ihr habt es auf die Kommunen geschoben!)

dann ist etwas faul im System, und dann muss man es reformieren.

(Beifall von der SPD)

Das dürfte selbst Ihnen, lieber Kollege Laschet, nicht verborgen geblieben sein.

Dann können Sie noch Hunderte Male darüber lamentieren, dass man vielleicht noch diese oder jene Statistik mit dazu nehmen müsste. Ja, Sie haben recht: Natürlich darf und muss man auch den Kommunalisierungsgrad in den Bundesländern berücksichtigen. Aber wenn Sie auch nur eine einzige stichhaltige Statistik vorlegen können, die Ihre wesentliche Aussage belegt, dass Nordrhein-Westfalen in der Steuerkraft nach dem Länderfinanzausgleich nicht signifikant schlechter dasteht als vor dem Länderfinanzausgleich, wenn Sie das trotz Ihrer Filibusterei widerlegen können, dann tun Sie es doch.

Sie können es aber nicht. Denn selbst der Kommunalisierungsgrad führt nicht zu einem wesentlich veränderten Befund, und das wissen Sie, Herr Kollege Optendrenk, doch mindestens so gut wie ich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist und es bleibt so, dass der Umsatzsteuervorgangsausgleich Nordrhein-Westfalen benachteiligt. Würde man allein diesen ersatzlos streichen, wäre mit einem Schlag die Nettoneuverschuldung des Haushalts 2015 weg. Wir hätten jetzt schon die schwarze Null, wenn uns nicht über den Umsatzsteuervorgangsausgleich diese Milliarden genommen wären.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist doch eine Realität, deren Kenntnisnahme Sie sich nicht verweigern können.

Es bleibt ein Problem des Länderfinanzausgleichs, dass es insgesamt eine Übernivellierung gibt. Das genau wird durch den Abfall der Steuerkraft von Platz fünf auf den letzten Platz aller Bundesländer belegt. Deswegen, Herr Kollege Optendrenk, verdient doch die Regierung unsere volle Rückendeckung bei den Verhandlungen im Bund und mit den anderen Bundesländern, aber keinen Angriff, wie Sie ihn vorgenommen haben.

Wollen Sie denn ernsthaft die Ministerpräsidentin dafür verurteilen, dass sie sich im Bund und bei den anderen Bundesländern für die Interessen Nordrhein-Westfalens und für einen gerechteren Länderfinanzausgleich einsetzt?

(Armin Laschet [CDU]: Man muss das aber auch kompetent machen!)

Nein, wir wollen das nicht. Wir wollen sie dafür loben, und wir wollen ihr dabei den Rücken stärken. Das ist doch unsere Aufgabe, die wir hier haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, freue ich mich auf die weiteren Beratungen des Haushalts – auch in dritter Lesung. Ich bin sehr gespannt, ob die FDP endlich sachdienliche Vorschläge macht – sie hat bisher keine eingebracht –, ob die Piraten endlich von dem

Kurs, den die Linken ihnen als Vorgänger im Parlament vorgegeben haben, abrücken,

(Zuruf von den PIRATEN: Oh! Wie billig!)

nur riesige Ausgabenvorschläge ohne Deckungsvorschläge zu machen. 400 Millionen € wollen Sie einfach so aus dem Fenster werfen, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll. Das ist alles andere als solide.

Na ja, zur CDU habe ich schon das Notwendige gesagt. Viel mehr ist dazu auch nicht mehr zu sagen.

Bitte nehmen Sie endlich Ihre Aufgabe wahr. Machen Sie ernsthafte Haushaltsberatungen. Stärken Sie selbst als Opposition uns den Rücken, wenn es um unser Land und um die Menschen in Nordrhein-Westfalen geht. Agieren Sie hier bitte nicht als Fundamentalopposition. Das erwarte ich von Ihnen allen. Dann werden die Haushaltsplanberatungen auch gut weitergehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Börschel, Sie haben hier als mein Vorredner engagiert gesprochen, aber zu einem wichtigen Punkt, den wir heute der Medienberichterstattung entnehmen durften, nicht Stellung bezogen. Ich meine den dort vermeldeten Rücktritt Ihrerseits als finanzpolitischer Sprecher, da Sie sich mit Ihren Vorschlägen gegen eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer innerhalb der SPD-Landtagsfraktion angeblich nicht durchgesetzt haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Er hat nicht die Spur von Anstand!)

Das wäre auch ein interessanter Punkt gewesen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Das Jahr 2014, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Jahr haushaltspolitischer Peinlichkeiten in Nordrhein-Westfalen gewesen. Wir erinnern uns an die absehbare Niederlage dieser Landesregierung in Sachen Beamtenbesoldung vor dem Verfassungsgerichtshof, an den Nachtragshaushalt mit der deutlichen Erhöhung der Neuverschuldung, an die Haushaltssperre – monatelang gab es in der Staatskanzlei nur noch Leitungswasser für Regierungsgäste – oder die Warhol-Verkäufe auf dem Kunstbazar.

Die Landesregierung wäre daher gut beraten gewesen, für die zweite Halbzeit dieser Legislaturperiode einen Neustart zu unternehmen und von der Philosophie unserer Ministerpräsidentin, nämlich der Phi-

losophie der vermeintlich guten Schulden, endlich Abstand zu nehmen.

„Kein Kind zurücklassen“, das ist ihr hehrer Anspruch in Sonntagsreden. Ein massiver Schuldenberg zulasten der jungen Generation ist leider die bittere Realität.

(Beifall von der FDP)

Insofern ist auch der Haushalt 2015 wieder nur altes Leitungswasser in porösen Schläuchen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist selbst seinen eigenen Leuten peinlich! Da drehen sich selbst Ihre Kollegen beschämt weg!)

Die Schulden steigen kontinuierlich an, und eine Umsetzung des Neuverschuldungsverbots ist auch bei Fernsichtbedingungen nicht am Horizont zu erkennen. Die Titulierung des Verfassungsgebots der Schuldenbremse als Fetisch durch die Ministerpräsidentin offenbart, dass sich Rot-Grün längst von einer ernsthaften Haushaltssanierung verabschiedet hat. Diese ist aber dringender denn je.

Stattdessen gibt es reihenweise Selbstlob für vermeintlich so geringe Ausgaben des Landes mit Berechnungen, die einer ernsthaften Überprüfung nicht standhalten.

(Martin Börschel [SPD]: Das sind Voodoo-Statistiken!)

Sie mögen rechnerisch richtig sein, aber die Bezugsgrößen dieser Landesregierung sind nicht sinnvoll.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie sind zwar richtig, aber Sie passen Ihnen nicht!)

Dass das einwohnerstärkste und dicht besiedelte Bundesland NRW immer Synergien aus Größenvorteilen erzielen kann, liegt auf der Hand. Für einen ehrlichen Vergleich der Bundesländer, meine sehr geehrten Damen und Herren, reicht es aber nicht aus, schematisch die Ausgaben des Landeshaushalts durch die Einwohnerzahl zu teilen. Denn es sind zwei Dinge zusätzlich wichtig.

Zum einen ist es der Kommunalisierungsgrad. Nordrhein-Westfalen hat nämlich die höchste Aufgabenübertragung aller Bundesländer, zum anderen ist es natürlich auch die strukturelle Vergleichbarkeit, indem alle Ausgaben – und damit meine ich nicht nur die im Kernhaushalt, sondern auch die in Neben- und Extrahaushalten – betrachtet werden. Das eine Bundesland bezahlt Aufgaben direkt aus dem Haushalt, das andere macht es über Sondervermögen. Das eine Bundesland hat mehr Landesbetriebe, die ihre Ausgaben in ihren Wirtschaftsplänen abbilden, das andere begleicht es durch eine Zahlung des Haushalts selbst. Genau das muss vergleichbar gemacht werden.

Dankenswerterweise haben wir das Statistische Bundesamt, Destatis, welches genau das tut. Es

liefert für Land und Kommunen strukturell vergleichbare Ausgabedaten als bereinigte Ausgaben, und wenn man sich diese einmal anschaut, sieht man, dass NRW nicht an der Spitze liegt, nicht Primus ist und auch nicht die niedrigsten Ausgaben hat. Vielmehr steht NRW an Stelle 12 von 13 Flächenländern. Es macht also trotz all der Synergievorteile, die sich aus der Größe des Landes ergeben, mit die höchsten Ausgaben.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss Nordrhein-Westfalen seine hausgemachten Probleme lösen, um mit seinen berechtigten Anliegen auch beim Länderfinanzausgleich Gehör zu finden.

(Beifall von der FDP)

Ich spreche bewusst von berechtigten Anliegen. Denn es muss das gemeinsame Interesse aller Bundesländer sein, ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit die Überförderung bestimmter Regionen zu beenden, die eher der Kompassnadel als sachlichen Notwendigkeiten folgt. Aber wenn wir beim Jahr 2019 sind, dann muss es das Ziel sein, das befristete Sonderopfer „Soli“ plangemäß auslaufen zu lassen und nicht zum „Soli West“ umzuetikettieren, der dann unsere Steuerzahler auf Ewigkeiten weiter belastet.

Herr Finanzminister, Sie sind der Meister der impliziten und expliziten Steuererhöhungen. Sie wollen den „Soli für immer“. Sie blockieren den Abbau der kalten Progression, und Sie erhöhen nun schon zum zweiten Mal die Grunderwerbsteuer.

Sie treffen mit all diesen Maßnahmen übrigens nicht Hedgefonds oder ausländische Finanzinvestoren, sondern in allererster Linie die Mitte unserer Gesellschaft: fleißige Facharbeiter, die für ihren Betrieb Produktivität erarbeitet haben; Arbeitnehmer, die sich eine private Alterssicherung aufbauen wollen, um nicht auf Sozialtransfers angewiesen zu sein; kleine Selbstständige, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen oder junge Familien, die sich eine Zukunftsperspektive aufbauen wollen.

Für all diese haben Sie nur eines übrig: den klebrigen Griff des Staates in die Taschen der Menschen, die etwas geleistet haben.

(Beifall von der FDP)

Ihrem Leitbild des Vollkaskostaates setzen wir deshalb unseren Entwurf eines schlanken Staates gegenüber. Das ist ein Staat, der deutlich weniger Bürokratie und Regulierung aufweist,

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

der den Menschen Eigeninitiative zutraut und sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, und zwar für beste Bildungschancen, funktionierende innere Sicherheit und moderne Infrastruktur. Dieser Staat ist zugleich effizient, da er nicht etwa grüne Lebensstile subventioniert, sondern individuelle Leistung ermöglicht. Das unterscheidet uns in der Tat von Ihnen.

Die Neuverschuldung für das Jahr 2015 soll nach Ihren Planungen über 2 Milliarden € betragen – und das alles trotz boomender Konjunktur, trotz geringerer Arbeitslosigkeit und damit niedrigerer sozialer Folgekosten in unserem erwerbsarbeitszentrierten Sozialsystem, trotz massiver Steuermehreinnahmen seit dem rot-grünen Regierungsantritt im Jahr 2010 bei einem zugleich historisch niedrigen Zinsniveau.

SPD und Grüne wirtschaften schlecht in unserem Land. Nordrhein-Westfalen ist eben kein Muster-schüler in Sachen Ausgabendisziplin – genau das Gegenteil ist der Fall. Deshalb lohnt sich ein Blick auf das Ausgabenwachstum der Jahre 2010 bis 2015, also seit Ihrer Regierungsübernahme.

Insgesamt ist der Landeshaushalt im Vergleich zu dem des Jahres 2010 um 10,58 Milliarden € gewachsen. Die rot-grüne Landesregierung verursacht somit um rund 20 % höhere Ausgaben als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung. Diese durchschnittlich 20 % Mehrausgaben in fünf Jahren lassen zugleich eine erstaunliche politische Schwerpunktsetzung erkennen, wenn man sie einmal den einzelnen Ressorts zuordnet. Dieses Ausgabenplus teilt sich nämlich wie folgt auf: 10,6 % bei der Justiz, 12,5 % beim Innenministerium, aber 28 % bei Umweltminister Remmel. Er ist der wahre Kostentreiber im Kabinett Kraft!

(Beifall von der FDP)

Rot-Grün hat sich auf haushaltspolitischen Abwegen in die Sackgasse manövriert. Den Wortbruch gegenüber den Landesbeamten haben Ihnen diese ebenso wenig vergessen wie Sie Ihre Niederlage beim Verfassungsgerichtshof.

Sie wollen im Personalbereich dennoch weiter kürzen, sagen aber nicht, wo genau. Einsparungen beim Personal sind an sich richtig, aber nicht dadurch, dass man das Vertrauen und die Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen ruiniert, sondern indem man nach gründlicher Aufgabenkritik überflüssige Planstellen abbaut. Diese Aufgabe hätte einmal das Effizienzteam übernehmen können, das sich bis heute aber leider als Ineffizienzteam erwiesen hat.

Solange Sie strukturelle Maßnahmen bei der Haushaltssanierung unterlassen, werden Sie die Schuldenbremse auch im Jahr 2020 noch nicht erreichen. Dort klafft noch immer eine Lücke von – je nach Prognose – 500 Millionen € bis 800 Millionen €, die es zu schließen gilt.

Den Großteil dieser Herausforderungen können Sie schon allein dadurch bewältigen, dass Sie Ihre drei größten Wahlgewinne auf Pump wieder abschaffen. Das Studiengebührenverbot, die beitragsfreie Kita und das Sozialticket allein machen Mehrkosten von einer knappen Milliarde € aus.

Bis 2020 werden Sie weitere Milliardenlasten schultern müssen. Auch der Finanzminister bestreitet

nicht, dass bis dahin noch Milliardenzahlungen erfolgen müssen, die durch die WestLB-Abwicklung bislang aufgeschoben sind. Wir haben es zu tun mit einem schlechten Erbe: dem Milliardengrab einer Staatsbank, die als Briefkastenfirma in Offshore-Destinationen mit dem Geld des Steuerzahlers ebenso gezockt hat wie berühmt-berüchtigte internationale Player in dieser Branche.

Herr Finanzminister, da Sie ja immer dafür werben, die Einnahmehasis für unser Land zu verbessern, sagen wir Ihnen: Sorgen Sie dann doch konsequent dafür, dass alle Rechtsansprüche, die die Bad Bank EAA realisieren kann, nun auch mit maximalem Einsatz verfolgt werden, damit der Schaden für den Steuerzahler zumindest reduziert wird. Erfolgsmeldungen dazu stehen – anders als in anderen Bundesländern bei ähnlichen Herausforderungen – bislang öffentlich leider noch aus.

Dem WestLB-Fall können Sie noch eine weitere Lehre entnehmen, nämlich dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Das gilt ganz ausdrücklich auch für den BLB, der mit Pleiten, Pech und Pannen längst zum Stammkunden beim Landesrechnungshof geworden ist. Ihre zaghaften Reformüberlegungen dazu beinhalten eine Reihe von Selbstverständlichkeiten, sind aber nicht ansatzweise als dauerhafte Problemlösung geeignet. Wenn Sie zukünftig Bauleistungen in einem transparenten wettbewerblichen Verfahren am Markt ausschreiben, dann nehmen Sie damit den Steuerzahler aus der Haftung. Das wäre der richtige Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Anfang dieser Woche konnte man kurzzeitig den Eindruck gewinnen, es gäbe einen Erkenntnisfortschritt bei einem Teil dieser Koalition. Die Grünen haben ihre Zweifel geäußert, ob mit der Haushaltspolitik dieser Landesregierung die Schuldenbremse überhaupt noch einzuhalten ist, und haben eine Kürzung bei Förderprogrammen vorgeschlagen.

Bislang galt deren Aufmerksamkeit insbesondere der Ausdehnung von Förderprogrammen, jedenfalls dann, wenn es um PR für grüne Lebensstile ging. Was wird da nicht alles von Umweltminister Remmel in unserem Land gefördert: Angebote zum Thema „Wildnispädagogik und Survival“; Beschreibung: Wie schläft man draußen bequem und trocken, auch ohne Zelt und Schlafsack?

Oder Ihr Programm „Fledermausfreundliches Haus in NRW“. Mit diesem Projekt soll in der breiten Öffentlichkeit mehr Akzeptanz für Fledermäuse und deren Quartiere erreicht werden.

(Zurufe von der SPD)

Oder Ihr Projekt „Wildnisbasis“: Dieser Kurs eröffnet das grundlegende praktische Wissen zum Leben und Überleben in und mit der Natur. Oder Ihre Schulung zum Wolfsbotschafter: Diese Veranstaltung richtet sich an Interessierte, die Wolfsbotschafter werden möchten. Oder wie wäre es mit Wild-

nispädagogik? In dieser Fortbildung lernen Sie wirkungsvolle Wege und Methoden kennen, sich selbst wieder mit der Natur zu verbinden.

Das Beste aber ist die grüne Kampagne gegen Rasenmäher „Jetzt ist aber Sense – Ganztägiger Sensekurs in Theorie und Praxis“: „Schon im eigenen Garten kann jeder etwas tun. Das Mitbringen einer eigenen Sense ist wünschenswert.“ – Meine sehr geehrten Damen und Herren, „Sense sein“ sollte mit dieser Art von Steuergeldverschwendung, damit die Prioritäten in Nordrhein-Westfalen endlich wieder richtig gesetzt werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Schlimmer noch ist die politische Orientierung, die hinter dieser Ausrichtung steht. Wenn ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen Survival-Trainings anbietet und Menschen zeigt, wie man Solarkocher baut und in der Wildnis überleben soll, dann haben Sie völlig den Fokus für die Kernaufgabe unserer Zeit verloren. Schauen Sie sich an, was in der Energiewirtschaft und in Leitbranchen dieses Landes passiert, die jahrzehntelang prägend waren: Da muss in den nächsten Jahren mit großen Steuerausfällen gerechnet werden. Wenn Sie solche Survival-Schwerpunkte setzen, dann ist Ihnen völlig das Gespür dafür abhandengekommen, dass in diesem Land erst einmal wieder etwas erwirtschaftet werden muss, bevor etwas verteilt werden kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb sagen wir: Eine gute und solide Wirtschaftspolitik, Herr Finanzminister, die Betriebe nicht mit Tariffreue- und Vergabegesetzen, mit Frauenquoten oder anderen Dingen gängelt, ermöglicht mehr Wachstum und mehr Produktivität, schafft Arbeitsplätze und beschert Ihnen damit am Ende des Tages auch mehr Steuereinnahmen. Diese werden Ihnen dann die Möglichkeit für eine solidere Haushaltsführung geben. Sie sind natürlich zugleich auch die realökonomische Grundlage jeder Politik – auch der sozialen Maßnahmen an den Stellen, an denen diese ergriffen werden müssen.

Deshalb ist dieser Haushalt der Landesregierung unsolide finanziert. Er bietet keine Perspektive, die Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020 zu erreichen. Diese Regierung muss sich ins Stammbuch schreiben lassen, dass wir erst einmal wieder wirtschaftliche Dynamik und Wachstum brauchen, dass in diesem Land etwas erarbeitet werden muss und dass wir die Menschen, die das tun, nicht mit ständig höheren Steuern und Abgaben belasten, womit ihre Eigeninitiative zurückgedrängt wird. Erwirtschaften kommt vor Verteilen! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stichwort „Fetisch“: Ich kann mir gut vorstellen, dass Herr Witzel einen Aufsitzrasenmäher deutlich geiler findet, als mit der Sense hart im Garten zu arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie Herr Kollege, das Fledermausprogramm infrage stellen, wundert mich ein wenig.

(Henning Höne [FDP]: Es kommt darauf an, wer den Aufsitzrasenmäher bezahlen muss in diesem Land! Das ist der Unterschied! – Beifall von der FDP und der CDU)

– Ich hatte eigentlich gedacht, dass sich die Kollegen von der FDP ein bisschen mehr für bedrohte Arten – besonders für Fledermäuse – einsetzen würden. Sie haben doch – insofern teilen Sie deren Schicksal – Ihre Bundeszentrale, glaube ich, direkt neben dem World Wildlife Fund. Das werden wir dann aber vielleicht 2017 sehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe mir die Haushaltsreden von Herrn Dr. Opendrenk und Herrn Witzel intensiv angehört und finde, dass sie das fortgesetzt haben, was Herr Laschet in der ersten Lesung gemacht hat: Sie reden in erster Linie das Land schlecht, täuschen, tricksen und verbergen. Ich habe keinen einzigen Haushaltsänderungsantrag oder Vorschlag substantieller Art gesehen oder gehört. In der zweiten Lesung des HFA hat die CDU einen Haushaltsantrag vorgelegt, nach dem 20 Millionen € aus dem Wasser-Cent erwirtschaftet werden sollten. Trotz des Hinweises des Finanzministeriums, dass das haushaltsrechtlich gar nicht durchführbar ist, weil das Geld bereits weg ist, haben sie darüber abstimmen lassen.

Herr Kollege Witzel, Sie haben die Bilderverkäufe angesprochen. Nach meinem Kenntnisstand sind Sie nach wie vor Mitglied des WDR-Rundfunkrates und haben bereits vor Wochen – deutlich vor dem Warhol-Verkauf – im Rundfunkrat das Thema „Bilderverkäufe beim WDR“ zur Kenntnis bekommen. Zumindest war das in der Zeitung zu lesen. Daher finde ich es einigermaßen lächerlich, wenn Sie sich hier im Plenum in echauffierter und gespielter Art aufregen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Kollege Sternberg teilt im Übrigen Ihr Schicksal.

Was die Nettoneuverschuldung angeht, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Absenkung der Neuverschuldung um 1 Milliarde € vorschlägt. Das verschweigen CDU und FDP. Sie verschweigen auch, dass durch die Koalitionsanträge die

Neuverschuldung noch einmal um etwa 250 Millionen € auf dann 2 Milliarden € abgesenkt wird.

Ich habe mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch noch einmal die Haushaltsentwicklung intensiver angeguckt. Wir hatten in den letzten Jahren Steuermehreinnahmen von gut 6 Milliarden €. Trotz der Absenkung des Niveaus um 1 Milliarde € planen wir mit etwa 6 Milliarden €. Seitdem haben wir die Neuverschuldung um über 3 Milliarden € abgesenkt. Warum man sie dann nicht im gleichen Zeitraum um weitere 2 Milliarden € absenken soll, mögen mir CDU und FDP einmal erklären.

Über das, was Sie zum Stichwort „Bürokratieabbau“ gesagt haben, Kollege Witzel, musste ich, ehrlich gesagt, lachen. Sie sind der Abgeordnete, der mehr als 300 Anfragen gestellt hat, die alle für sich im Einzelnen keinerlei Auswirkungen auf Anträge, Initiativen oder sonstige vorbereitende Tätigkeiten der FDP-Fraktion hatten. Sie haben die Ministerien nur von der Arbeit abgehalten. Gleichzeitig bemängeln Sie Regelabfragen und Statistiken.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Kollege, ich werde eben zu Ende reden! – Warum eine Abfrage des Ministeriums aufgrund gesetzlicher Vorgaben weniger ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Sie hätten mir einmal zuhören sollen. Ich stelle überhaupt nicht in Abrede, dass man das Recht hat. – Auf der einen Seite bemängeln Sie, es gebe zu viel Bürokratie, weil Abfragen vorgenommen werden. Gleichzeitig stellen Sie selbst die meisten Anfragen. Herr Laschet, fragen Sie einmal Herrn Kollegen Möbius. Herr Möbius, wir sind da, glaube ich, einer Meinung, was die Abfrage zu den Telefonkosten – wer Mobilfunkanbieter ist und welche Laufzeit die einzelnen Verträge im Hause haben – angeht. Ob solche Abfragen sinnvoll und ergebnisleitend sind, möchte ich dahingestellt sein lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir zu den Vorschlägen der CDU, die Sie hier im Landtag nicht vorgetragen hat, aber in den Auseinandersetzungen über dieses Programm immer wieder machen. Sie schlagen auf der einen Seite vor, 250 Millionen € Studienbeiträge wieder zu erheben.

(Armin Laschet [CDU]: Wo denn? Wo schlagen wir das vor?)

– Auf der Homepage der CDU-Fraktion. Das ist die zweite Veröffentlichung der CDU Landtagsfraktion auf Ihrer Homepage.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Gegenruf von der SPD: Gehen Sie mal drauf!)

Weiter schlagen Sie vor, dass beitragsfreie Kitajahr wieder einzuführen: 150 Millionen €.

Und Sie schlagen mittlerweile vor – jetzt kommt der dickste Hammer –, 15 % bei den Förderprogrammen abzusetzen. Das würde, Herr Kollege Prof. Dr. Sternberg, bedeuten, dass im Kulturbereich mindestens 20 Millionen € Haushaltskürzungen im nächsten Jahr vorgenommen werden müssten. Ich gehe davon aus, dass Herr Kollege Dr. Optendrenk in der dritten Lesung einen entsprechenden Änderungsantrag vorlegen wird.

Herr Kollege Müller, das würde auch bedeuten, dass der Landessportbund mindestens 5 Millionen € seiner Bezüge gekürzt bekommen müsste, wenn Sie das tatsächlich in die Tat umsetzen müssten.

(Hendrik Schmitz [CDU] winkt ab.)

Ich könnte diese Liste fortführen. Bei der Förderung des offenen Ganztags wäre das eine Kürzung in Höhe eines mittlerweile fast dreistelligen Millionenbetrages, wenn sich die CDU mit ihrer Politik in diesem Landtag durchsetzen würde.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Gleichzeitig, Liebe Kolleginnen und Kollegen, lesen wir immer wieder und hören in den Plenardebatten, wir bräuchten mehr Polizistinnen und Polizisten sowie mehr Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte, wir dürften die Warhol-Bilder nicht verkaufen, wir bräuchten mehr Lehrerinnen und Lehrer – das sagt die CDU –, wir dürften keine Gebühren für Prüftätigkeiten übernehmen – das sagt die FDP –,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

wir müssten mehr in Breitband investieren, wir müssten noch mehr Geld in die Hochschulen bringen, und wir bräuchten eine Gemeindefinanzierung, um die Kommunen noch besser zu stellen, als es jetzt der Fall ist.

An diesem Punkt möchte ich innehalten. Es war tatsächlich die CDU-Fraktion, die – Herr Kollege Börschel hat es eben angesprochen –, nachdem wir 47 Millionen € für die Sozialarbeit an Schulen bereitgestellt haben, nachdem wir einen Stärkungspakt aufgelegt haben, nachdem wir das durch unbequeme Maßnahmen gegenfinanzieren, gesagt hat, wir würden die Kommunen dadurch in die Tasche greifen, dass wir sie, obwohl wir dies ausdrücklich zugesagt hätten, mit einem Drittel an den Kosten der Sozialarbeit an Schulen beteiligen werden. Ich finde es, gelinde gesagt, schäbig, wie Sie sich hier im Landtag verhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Noch eines zu diesem Punkt, weil er mir wirklich wichtig ist: Die Sozialarbeit an Schulen ist ein eminent wichtiges Thema. Wir haben uns in diesem Jahr lange damit auseinandergesetzt. Ich gebe zu: Ich hätte es besser gefunden, wenn der Bund diese Maßnahme weiterhin finanziert hätte.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Ich gebe zu: Ich habe lange quer im Stall gestanden, bis ich gesagt habe, dass wir das so machen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das war zwingend erforderlich, denn ansonsten wären die Strukturen nicht nur zusammengebrochen, sondern hätte keine Möglichkeit mehr gegeben, die Strukturen von 2013 wieder aufzubauen. Dann stellt sich die CDU hin, die seit Jahren an der Bundesregierung beteiligt ist, und sagt, wir hätten das verschlafen und diese Aufgabe in den Sand gesetzt.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist so!)

– Sie tragen eine große Verantwortung dafür, Herr Kollege Laschet, dass die Strukturen zusammengebrochen wären.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist nicht wahr! Das ist nicht richtig! Das stimmt doch gar nicht!)

Wir holen jetzt das nach, was Sie versäumt haben.

Noch eines: Ich will das hier im Plenum ausdrücklich klarstellen. Es gibt keine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern, die mir bekannt und die schriftlich – gesetzlich, vertraglich oder sonst wie – niedergelegt wäre, nach der die Länder verpflichtet wären, ab 2014 die Sozialarbeit an Schulen weiterzuführen.

Sie mögen im Geheimen im Vermittlungsausschuss solche Gespräche geführt haben, aber das entzieht sich meiner Kenntnis. Vertraglich, gesetzlich oder sonst wie ist das nicht vereinbart worden. Wenn Sie das hier weiterhin behaupten, müssen wir uns einmal darüber auseinandersetzen, wie redlich Sie, Herr Kollege Laschet, mit dem Thema umgehen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Jetzt will ich eines nicht machen – denn Herr Kollege Börschel hat schon sehr systematisch vorgetragen –, nämlich die Höhe der Investitionen wiederholen. Aber ich will Ihnen schon vorhalten, was hierbei Sache ist. Im Bildungsbereich investieren wir mittlerweile allein 15,8 Milliarden € in die schulische Bildung. Wir bauen den offenen Ganzttag weiter aus. Wir sorgen dafür, dass es den Übergang hin zur Inklusion gibt. Wir haben wichtige Reformschritte auf den Weg gebracht.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass diejenigen, die am Schulkonsens beteiligt waren, immer herummeckern und der Schulministerin vorwerfen, das funktioniert nicht schnell genug, und dann immer wieder Einzelbeispiele vortragen, nach denen es vorgeblich nicht funktioniert.

Eigentlich müssten wir bis 2017 einen gemeinsamen Weg gehen. Wir haben eine Verfassungsänderung gemeinsam verabschiedet. Wir haben den Schulkonsens gemeinsam auf den Weg gebracht. Wir müssen jetzt die Strecke gehen, damit diese

Reform zum Erfolg wird. Wenn die FDP dabei herummäkelt, soll sie es alleine tun. Die CDU sollte sich hinter diesen Prozess stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Was das Thema „Leistungsvergleich von PwC“ betrifft, ist es nicht richtig, Herr Kollege Witzel, was Sie sagen. Trotz des hohen Kommunalisierungsgrades – das hat der Kollege Börschel richtig ausgeführt – würden wir – das gestehe ich zu – zwar nicht das günstigste Bundesland sein, aber doch unter den drei bis vier günstigsten Bundesländern liegen, wenn man den Kommunalisierungsgrad einbezieht.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Mein letzter Punkt sind die Bund-Länder-Finanzverhandlungen und das gesamte Faktenpaket. Herr Kollege Dr. Optendrenk, Sie haben nicht einen einzigen Änderungsvorschlag heute im Plenum gemacht, welches andere Konzept die CDU fahren will. Die versteckten Vorschläge habe ich Ihnen vorgetragen.

Sie verschweigen Folgendes aber völlig: Wir haben ein Gutachten vom Konvent für Deutschland vorgelegt bekommen, in dem für Grüne völlig unverdächtige Personen sitzen. Dieses Gutachten stützt exakt die These, die die Landesregierung vorträgt.

Erstens. Nordrhein-Westfalen zahlt 1,7 Milliarden € netto im Wege des Umsatzsteuervorgewegausgleichs als Zahlerland ein.

Zweitens. Genau diese Mannheimer Forschungsgruppe schlägt vor, diesen Umsatzsteuervorgewegausgleich und – darüber müsste man sich unterhalten – auch die Einwohnerveredelung abzuschaffen. Sie sagt zudem, es müsse Anreize geben – das ist der CDU Vorschlag, der immer nur die halbe Wahrheit umfasst –, Zu- und Abschlagsrechte auf die Einkommensteuer zuzulassen.

Das ist also kein Konzept, das aus grüner Feder kommen kann.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Sie haben noch nicht mal eines!)

Das macht aber deutlich, dass die CDU immer nur die vermeintlichen Rosinen aus den Konzepten herausgepickt.

Ich komme zum Schluss meiner Betrachtung, was die Soliintegration betrifft. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in einem eigenen Papier den Vorschlag gemacht, den Solidaritätszuschlag in den Tarif zu integrieren. Da hat die CDU jetzt behauptet, das sei ein Vorschlag rot-grüner Länder. Es ist geradezu lächerlich und abenteuerlich, was Sie hier abziehen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich sage Ihnen noch etwas dazu: Ihr Bundesfinanzminister hat freundlicherweise einmal ausrechnen lassen, was das im Einzelnen kostet.

(Armin Laschet [CDU]: Es geht um Nordrhein-Westfalen!)

– Herr Kollege Laschet, Sie sollten sich die Zahlen einmal intensiv anschauen und dann nicht nur reden, sondern intensiv beraten und sich mit Herrn Kampeter und Herrn Dr. Schäuble auseinandersetzen.

(Armin Laschet [CDU]: Jetzt wird Herr Kampeter hier genannt – ein Freund von Herrn Dr. Walter-Borjans!)

Diese Integration wird sehr teuer. Sie wird sehr schwierig. Sie sollten, wenn Sie tatsächlich den Infrastrukturvorschlag, den Sie dem „Tagesspiegel“ auf den Tisch gelegt haben, ernst meinen, uns ebenfalls ein Konzept auf den Tisch legen; dann können wir darüber reden. Aber Sie stiften hier Verwirrung, reden Nordrhein-Westfalen schlecht und legen kein Konzept auf den Tisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite Lesung macht deutlich: SPD und Grüne investieren in die richtige Richtung. CDU und FDP versuchen herumzumäkeln, machen keine Vorschläge. Ich bitte diesem Regierungsvorschlag zuzustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion spricht Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und zu Hause! Herr Kollege Börschel, Ihre auf Stigmatisierung hinauslaufenden Anwürfe bezüglich der Linken gebe ich gerne zurück.

(Heiterkeit von Martin Börschel [SPD])

Wie Sie wissen, wählen Ihre Kolleginnen und Kollegen in Thüringen morgen einen linken Ministerpräsidenten.

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Darüber hinaus habe ich gerade in einer Fachzeitschrift „Die Biene“ meines Kollegen Lamla den Artikel „Wachs vergisst nicht“ gelesen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen offenbar schon insofern, als es noch im November 2013 – es ist jetzt ein Jahr her – einen Leitantrag der SPD im Bund gab, wonach steife Kooperation mit der Linken sehr befürwortet wird.

Da also die Piratenfraktion hier hinsichtlich der eingebrachten und inzwischen auch im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnten Haushaltsänderungsanträge mit „Die Linke“ beschimpft wird, werde ich Ihnen gleich aufzeigen, um welche Anträge es sich handelt. Es handelt sich nämlich exakt um die Anträge, die wir heute in der zweiten Lesung von Seiten von SPD und Grünen vermissen müssen, die aber zur dritten Lesung angekündigt sind. Es handelt sich insbesondere dabei um Anträge zur Finanzierung von Hochschulen, des offenen Ganztags, der Schulsozialarbeit und der Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen. All das sind Anträge, die wir eingebracht haben. All das sind Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die die SPD im Rahmen der zweiten Lesung des Haushalts 2015 bislang schuldig geblieben ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Nun kann man im Vorgriff darauf sagen: Wir lehnen einmal die Piratenanträge ab. Sie sind möglicherweise auch nicht solide gegenfinanziert.

Die solide Gegenfinanzierung aufseiten der regierungstragenden Fraktionen wollen wir einmal abwarten, vor allen Dingen dann, wenn hier das Loblied eines Sparhaushalts vorgesungen wird, der dazu geführt hat, dass nach einem Nachtragshaushalt mit einer Nettoneuverschuldung für 2014 von insgesamt 3,2 Milliarden € eine runde Milliarde € im Vergleich zum Haushalt 2015 eingespart werden soll. Da müssen wir doch erst einmal abwarten, was die Änderungsanträge von Rot-Grün so alles bringen und ob diese hier gerühmte verringerte Nettoneuverschuldung nicht doch wieder in Richtung auf die alte Nettoneuverschuldung des Jahres 2014 hinsteuern wird.

Wir von der Piratenfraktion, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, benennen die Probleme in diesem Land und nennen auch den eigentlichen Finanzbedarf. Daher wundern wir uns schon sehr über das Votum der regierungstragenden Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss angesichts der Tatsache, dass die Anträge, die wir gestellt haben, nun demnächst von Rot-Grün eingebracht werden, wenn auch vielleicht mit leicht veränderten Zahlen.

Sie werfen uns im Ausschuss unsolide Finanzierung vor. Unsere Anträge seien eben nicht durch Umschichtungen im Haushalt gedeckt, so die Stimmen im HFA. Es seien zwar wünschenswerte Vorstellungen, aber aus genannten Gründen nicht zustimmungswert. – Ich frage dann einmal die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hier im Saal: Wo sind denn Ihre Änderungsanträge, die wir hier wirklich knallhart debattieren könnten?

Diese Debatte hier zum Landeshaushalt 2015 ist, ehrlich gesagt, angesichts der Änderungsanträge,

die angekündigt sind, aber fehlen, beinahe überflüssig.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Finanzierungsfrage für die Anträge betreffend die Flüchtlingspolitik wird zu klären sein. Wir haben zunächst einmal diese Anträge gestellt. Die Finanzierungsfrage bei der Beamtenbesoldung ist nach dem Nachtragshaushalt 2014 und dem Haushaltsentwurf bzw. der zweiten Ergänzung zum Haushalt 2015 weitestgehend geklärt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Aber auch da rühmt sich die Landesregierung und rühmen sich die regierungstragenden Fraktionen eines Sparerfolgs – eines Sparerfolgs, der nichts anderes ist als die notwendige Folge einer der größten Schlapfen dieser Landesregierung vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit löst in Ihren Reihen, wie wir auch eben am Redepult, aber auch im Haushalts- und Finanzausschuss sehen konnten, förmlich Jubelstürme aus. Sie wissen, dass Sie schon vor einem Jahr unserem weitsichtigen Antrag diesbezüglich hätten zustimmen können und müssen – im Übrigen ein Antrag, den wir auch dieses Mal wieder in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses letzte Woche gestellt haben und der ebenfalls von Rot-Grün wiederum abgelehnt worden ist, natürlich im Vorgriff auf einen entsprechenden, wenn auch im Volumen verringerten Antrag von Rot-Grün mit einer anderen internen Verteilungssituation oder Richtung im Hinblick auf die Kommunen, die dann 80 % der von ihnen aufzubringenden Schulsozialarbeitskosten schultern müssen.

Darüber hinaus haben wir das Thema „Offener Ganztag“. Auch an diesem Pult wird gesagt: Das ist eine rühmliche Leistung der Landesregierung. Wunderbare Sache! – Nur: Wodurch wird es finanziert, Herr Kollege Börschel? Sie grinsen. Natürlich könnten wir sagen: Es ist die Grunderwerbsteuer. Es ist die Grunderwerbsteuer, die Herr Kollege und Fraktionsvorsitzende der SPD, Römer, als Konsolidierungsbeitrag im Hinblick auf den Landeshaushalt bezeichnet hat. Aber irgendwoher muss das Geld natürlich kommen, womit die Wohltaten, die Rot-Grün über das Land verteilt, finanziert werden sollen.

Da bleibt natürlich nur noch die Finanzierung oder die auskömmliche Finanzierung der Universitäten, der Hochschulen offen. Auch dazu haben wir bisher nicht viel gehört, jedenfalls nicht im Hinblick auf die Änderungsanträge. Natürlich haben auch wir dazu Anträge eingereicht. Die Höchstzahl an Studierenden in Nordrhein-Westfalen ist durch die BAföG-Zahlung durch den Bund mehr als gedeckt, und unsere Anträge sind es ebenfalls.

Lieber Herr Kollege Börschel, lieber Herr Kollege Mostofizadeh, jetzt einmal unter uns: Werden Sie uns möglicherweise heute – gegebenenfalls aber dann doch bitte in der dritten Lesung – und wird auch der Finanzminister erklären, wie all das finanziert werden soll? Wir gehen davon aus, dass Ihre Inaussichtstellung und Ihre Finanzplanung nichts anderes beinhaltet als weitere Schulden.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Ich will nicht sagen, dass das alles auf Sand gebaut ist, aber auf Schulden. Und bei der Aussage wollen wir doch bitte bleiben.

Von signifikanten Mehreinnahmen durch die Grunderwerbsteuer können wir nicht ausgehen, wenn hier in Aussicht gestellt wird, dass in den kommenden Jahren ungefähr 400 Millionen € daraus an Mehrertrag kommen werden. Von den 23 Sachverständigen, die wir gestern angehört haben, sind immerhin 21 ganz anderer Auffassung: Von derart signifikanten Steigerungen, die darauf hoffen lassen, dass Mehrerträge gegenüber den sonstigen Erträgen aus der Grunderwerbsteuer und die Steigerungsraten der letzten drei, vier Jahre erzielt werden können, ist nicht auszugehen.

Nun noch einmal zu der Finanzierungsfrage. Auch da haben Sie uns im Haushalts- und Finanzausschuss wie aber auch im Prinzip im Plenum schon in der ersten Leistung vorgeworfen, dass da nichts kommen wird. Ich sage Ihnen, was bei Ihnen nicht kommt und was vor allen Dingen nicht von der Landesregierung kommt: Es kommt nicht der knallharte Gang in den Bund hinsichtlich der Eliminierung von Steuerschlupflöchern.

Ich persönlich erkenne hier innerhalb des letzten Jahres, in dem wir durchaus mehrfach genau diesen Aspekt hier im Plenum diskutiert haben, schlicht und ergreifend nichts an Aktivitäten. Es wird noch nicht einmal die von uns geäußerte Anregung aufgenommen – jedenfalls bisher nicht –, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Grunderwerbsteuer entsprechende Regelungen im Bund initiativ aufzugreifen, dass Steuerschlupflöcher nach dem Grunderwerbsteuergesetz wie zum Beispiel Sharedeals eliminiert werden. Davon sehe ich weit und breit nichts, Herr Finanzminister.

Vielleicht sollte man das einmal aufgreifen. Es sollte doch für die Landesregierung ein Leichtes sein. Die sie tragenden Fraktionen werden dem doch sicherlich beipflichten, dass – wie auch die Sachverständigen, wie auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, wie verschiedene Sachverständige gestern hier gesagt haben – nachhaltig dafür Sorge getragen wird, dass entsprechende Steuerschlupflöcher geschlossen werden.

Das gilt auch in Bezug auf die in letzter Zeit aufgetretenen Luxemburg-Leaks, die einen wesentlichen Teilaspekt genau dieser teils aggressiven Steuervermeidungspraktiken beinhalten. Es ist fest-

zustellen, dass namhafte Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, wie zum Beispiel auch E.ON, zu ihren eigenen Gunsten im Immobiliensektor massiv an der Steuerschraube drehen. Dadurch fehlen gerade im Land Nordrhein-Westfalen Hunderte von Millionen € Grunderwerbsteuereinnahmen, die Sie jetzt wiederum den Häuslebauern aus der Tasche ziehen wollen. Das ist doch der entsprechende Kern Ihres Finanzierungsmodells. So muss man das sehen.

Eines steht ganz klar fest: Selbst wenn die Grunderwerbsteuer in Nordrhein-Westfalen auf 6,5 % erhöht wird, heißt das noch lange nicht, dass Konzerne wie Gagfa, wie Annington und andere institutionelle Anleger nicht weiterhin Steuersparmodelle nach dem Grunderwerbsteuergesetz oder gar entsprechende Steuergestaltungsmöglichkeiten in Luxemburg anwenden. Weiterhin werden also entsprechende Modelle gepflegt und gefahren, gerade an dem sehr attraktiven Immobilienstandort Nordrhein-Westfalen, gerade dort, wo händeringend, auch mit Blick auf die Schuldenbremse 2020, versucht wird, Finanzierungslücken zu schließen bzw. Defizite auszugleichen.

Das alles schaffen Sie nicht, indem Sie die Hände in den Schoß legen, indem Sie die Augen verschließen, anstatt im Bund – das ist sicherlich eine Bundesangelegenheit – entsprechend initiativ werden. Dies prangern wir bei einem Vorwurf in unsere Richtung, wir würden uns nicht um die Fragen der Finanzierung kümmern, massiv an.

(Beifall von den PIRATEN)

Mit anderen Worten: Anstatt vor der eigenen Haustür zu kehren, zeigen Sie mit dem Finger auf andere, insbesondere die hier im Hause vertretenen Oppositionsfraktionen, fordern von denen, sie sollten doch bitte ein anderes Finanzierungsmodell finden.

Wir haben es Ihnen gesagt: Stopfen Sie die Löcher. Dann können wir entsprechend Ihrem eigenen Entschließungsantrag zur Drucksache 16/4465 darauf hoffen, dass im Bund 160 Milliarden € p. a. Mehreinnahmen erzielt werden. Liebe rot-grüne Fraktionen, das ist Ihre Prognose, weil Sie dem beige-pflichtet haben, Herr Finanzminister. Das würde dazu führen, dass auch Nordrhein-Westfalen gemäß dem Königsteiner Schlüssel roundabout 30 Milliarden € pro Jahr an Mehreinnahmen zukämen. Das kann keine einzige Steuer-CD, das können auch nicht zehn Steuer-CDs erwirtschaften.

Entscheidend ist: Es muss gehandelt werden. Diese Landesregierung, diese regierungstragenden Fraktionen handeln jedenfalls nicht dort, wo es nötig ist und wo sie die Möglichkeiten hätten, nämlich – wie auch so gern gezeigt wird – im Bund. Nehmen im Bund, ja, aber, bitte schön, Geben, nein. Geben sollten Sie aber bitte Feuer, Feuer im Hinblick auf Bundesratsinitiativen, um zu bewerkstelligen, dass über entsprechendes Stopfen von Steuerschlupflö-

chern entsprechende Mehreinnahmen im Land Nordrhein-Westfalen erzielt werden.

Nicht die Menschen schröpfen, die hier – wie Herr Kollege Witzel sagte – ihr sauer Verdientes in eventuell ein kleines Häuschen oder eine kleine Wohnung stecken. Nein, schröpfen Sie doch einmal die Konzerne. Gehen Sie doch einmal an die dicken Bretter. Das tun Sie nicht.

Stattdessen wird E.ON – das wird noch eine andere Debatte in dieser Woche sein – für eine Energiewende in seiner Unternehmenspolitik gelobt, und zwar für die platte Ankündigung, die Bad-Business-Teile, nämlich Atom und Kohle, möglicherweise in eine privatwirtschaftlich organisierte Aktiengesellschaft zu überführen und damit Ewigkeitskosten, Ewigkeitslasten am Ende zu sozialisieren. Auch darauf sollten Sie nicht stolz sein. Dass Sie das sowohl im Land als auch im Bund rühmen, ist aus meiner Sicht eher peinlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Finanzminister, Sie sitzen weiterhin am Steuerknüppel des Schuldenraumschiffs, und das steuert ungebremst auf den Asteroiden namens Schuldenbremse zu.

Der Landesrechnungshof schreibt Ihnen jährlich immer noch ein Defizit auf dem Schuldenabbaupfad von über einer halben Milliarde € ins Zeugnis. Sie feiern sich hier ab, ich gebe Ihnen, den regierungstragenden Fraktionen wie auch der Landesregierung, im Hinblick auf den Haushalt 2015 eine Fünf minus, mangelhaft minus. Sie sollten vielleicht versuchen, das im Rahmen der dritten Lesung zu beheben. Ich bezweifle, dass Ihnen das gelingen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Und nun hat für die Landesregierung das Wort der Herr Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wichtig für das, was wir hier diskutieren, eine faire Position Nordrhein-Westfalens innerhalb der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern ist, ist in dieser Debatte noch einmal sehr deutlich geworden. Liebe Damen und Herren von der Opposition, Sie scheuen sich nicht, ein ums andere Mal die Situation des Landes Nordrhein-Westfalen schlechtzureden. Sie schmieden sogar Koalitionen in der Öffentlichkeit, um immer wieder von der schlechten Positionierung und vom Abstiegsplatz zu reden.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag sich so verhalten

würden, würden sie nicht nur aus dem Landtag herausfliegen, sondern auch von der bayerischen Bevölkerung etwas ganz anderes gesagt bekommen.

(Armin Laschet [CDU]: Die wollen nach vorne! Die wollen aufsteigen!)

Ich bin sicher: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen sehr zu schätzen, wie Sie mit unserem Land und dem, was die Menschen in diesem Land erarbeiten, umgehen.

(Armin Laschet [CDU]: Jürgen Klopp-Borjans!)

– Machen Sie sich jetzt auch noch bei der Borussia unbeliebt? Dann müssen Sie gucken, wie Sie damit klarkommen.

(Armin Laschet [CDU]: Die Leute wollen auch nach oben! Die wollen kämpfen!)

Es wäre ja konsequent, wenn Sie dieselbe Miesmacherei jetzt auch noch da betreiben würden. Dann werden die Leute Ihnen das mit Sicherheit noch eher sagen als 2017.

(Armin Laschet [CDU]: Die reden das nicht schön, wie Sie das tun! Die wollen hoch! – Gegenruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Herr Laschet, melden Sie sich zu Wort. Dann können wir darüber sprechen. Ich würde jetzt gerne weitermachen.

Wir reden hier, und zwar ohne jeden Zweifel, über die Perspektiven eines finanzstarken Landes. Wir reden hier auch, ebenfalls ohne Zweifel, über den sparsamsten Haushalt aller 16 Bundesländer.

(Armin Laschet [CDU]: Ach Gott! – Lutz Linenkämper [CDU]: Wer soll das denn glauben? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Dazu werde ich Ihnen noch etwas sagen.

Sie sprechen darüber, dass wir neue Kredite in einer Höhe von gut 2 Milliarden € aufnehmen wollen. Zum Teil stellen Sie es sogar so dar, als sei das eine höhere Nettokreditaufnahme als die aller anderen Länder zusammen – was nachweislich falsch ist, und zwar selbst dann, wenn Sie die Tilgungen der Länder, die schon tilgen können – ich werde Ihnen auch noch sagen, warum –, dazurechnen.

Sie reden über höhere Ausgaben, lassen sich gleichzeitig aber dafür feiern, dass noch zur schwarz-gelben Regierungszeit der Bund Mittel für die Länder und für die Kommunen zur Verfügung gestellt hat, die natürlich durchlaufen und diese Ausgaben erhöhen. Auf der einen Seite möchten Sie dafür gelobt werden, um auf der anderen Seite sagen zu können: Das Haushaltsvolumen ist größer geworden!

Sie verschweigen, dass dieser Haushalt gemessen an seinem Volumen den niedrigsten Prozentsatz an Krediten in den letzten 40 Jahren braucht, nämlich 3,8 %.

Sie verschweigen, dass die Länder, die Sie als Musterknaben darstellen, weil ihre Haushalte ausgeglichen sind, dann, wenn sie dieselben Konditionen wie Nordrhein-Westfalen hätten, zehn Mal mehr Kredite bräuchten. Nehmen Sie nur die Länder der früheren DDR inklusive Berlin, die 1,5 Millionen weniger Einwohner als Nordrhein-Westfalen haben. Sie müssten jedes Jahr über 20 Milliarden € aufnehmen, wenn sie nicht durch Ergänzungsmittel gestützt würden. Dabei ist noch nicht einmal mitgerechnet, dass Nordrhein-Westfalen, das diesen Ausgleich nicht bekommt, auch noch 1,7 Milliarden € netto draufzahlt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diejenigen, die sich verbohrnt dagegenstellen, tun auf der einen Seite so, als wollten sie die Hand reichen, um gemeinsam die Interessen von Nordrhein-Westfalen auf der Bundesebene zu vertreten, kommen aber auf der anderen Seite immer wieder hintenherum und sagen: Das wollen wir aber nicht wahrhaben.

Eine ganz andere Auffassung vertreten diejenigen, die sich wissenschaftlich mit dieser Thematik beschäftigen. Herr Witzel, Sie zitieren sie ja so gern. Schauen Sie sich doch einmal an, was denn der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Herr Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft zum Umsatzsteuerausgleich sagen. Es ist unbestritten, dass er eine erhebliche Umverteilungswirkung hat, die dazu führt, dass Nordrhein-Westfalen in hohem Maße ein Zahlerland ist.

Trotzdem erledigt Nordrhein-Westfalen seine Aufgaben. Trotzdem ist unser Land auf dem Weg, dass es seine Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € im Jahr 2010 auf null im Jahr 2020 abbaut.

Mit diesem Haushalt ist nach der halben Strecke zwischen 2010 und 2020 die Neuverschuldung um zwei Drittel heruntergefahren. Das reicht natürlich noch nicht. Es ist immer noch ein Drittel zu leisten.

Wenn wir jetzt nichts Weiteres täten, sondern nur abwarteten, bestände, wie im Nachhaltigkeitsbericht zu Recht steht, noch eine Lücke von 0,5 Milliarden €. Als wir 2010 die Regierung übernommen haben, betrug diese Lücke aber über 10 Milliarden €. Damals ist sogar vorausgesagt worden, dass noch 11 Milliarden € fehlen würden. Diese Lücke ist jetzt auf 0,5 Milliarden € zusammengeschmolzen.

Wer gibt Ihnen denn das Recht, aus dieser Reduktion um 10,5 Milliarden € die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die letzten 0,5 Milliarden € in der zweiten Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erreicht werden können?

Wahr ist: Wir sind auf einem soliden Weg. Wir müssen eindeutig klarmachen, dass dieses Land seine Interessen angemessen vertritt. Es ist ein finanz-

starkes Land. In unserem Land ist der Haushaltsansatz pro Kopf vergleichsweise gering.

Wenn die Skaleneffekte angeführt werden und argumentiert wird, in großen Ländern brauche man pro Kopf weniger, frage ich mich erst einmal: Wie machen es denn die Bayern? Wenn wir die gleichen Ausgaben pro Kopf wie die Bayern hätten, könnten wir 6,2 Milliarden € mehr ausgeben. Im Übrigen gibt es in Bayern eine Menge Dinge, die den Kommunen überantwortet worden sind.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Dr. Stefan Berger [CDU]: Landshaushalt! – Lutz Linenkämper [CDU]: „Rheinische Post“!)

Der nächste Punkt ist folgender: Wenn jemand die geringsten Ausgaben und höhere Einnahmen hat und er eine größere Lücke als derjenige hat, der 25 % mehr ausgibt und 33 % mehr einnimmt – das machen nämlich die ostdeutschen Länder –, und er seinen Haushalt ausgeglichen hat, ist zunächst einmal völlig egal, warum die anderen hohe Ausgaben haben und warum das Land Nordrhein-Westfalen niedrige hat.

Sie können ja gerne die Forderung stellen, wir müssten mehr tun und dafür auch mehr ausgeben. Dann sagen Sie das auch.

Herr Witzel, was Sie eben vorgetragen haben, waren keine Minderausgaben. Das Einzige, was Sie getan haben, war, Mehreinnahmen zu fordern. Sie haben die Wiedereinführung der Studiengebühren gefordert. Sie haben gefordert, dass in Kindergärten wieder Beiträge bezahlt werden. Wo ist das denn eine Minderausgabe? Das ist eine Einnahmenerhöhung –

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

nur auf den Schultern anderer Menschen als derjenigen, die wir belasten. Auch das wollen wir zwar nicht. Wir müssen es aber, wenn wir diesen Haushalt ausgleichen und konsolidieren wollen.

Und wer kommt denn in den Genuss? Sie reden von den jungen Familien, die mit der Grunderwerbsteuererhöhung über Gebühr belastet würden, wollen aber gleichzeitig Studiengebühren einführen und die Kindergärten wieder teurer machen. Wo ist denn da die Konsequenz? Sie müssen sich doch irgendwann einmal fragen, was Sie in Wirklichkeit wollen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das Land ist mit seinem Haushalt auf dem Weg, die Schuldenbremse einzuhalten. Aber ich werde die schwarze Null – dazu werde ich mich auch nicht treiben lassen – nicht zum Gegenstand eines Wettlaufs machen, sie so schnell wie möglich zu erreichen.

Es gibt ja einen Grund, warum im Grundgesetz steht, dass die Länder bis 2020 Zeit haben: damit es keine Brüche gibt, damit wir die Aufgaben erledigen können. Denn die Menschen erwarten, dass der Haushalt am Ende nicht nur ausgeglichen ist.

Das können Sie auch mit einem Haushalt erreichen, der keine Einnahmen und Ausgaben hat. Nur, das wäre eine Katastrophe. Dann müssten alle alles selbst bezahlen. Das wollen wir nicht. Der Staat hat eine Verantwortung und muss sie wahrnehmen. Dafür braucht er Einnahmen. Ihre Äußerungen haben deutlich gemacht, dass Sie das auch so sehen, Sie wollen sie nur von anderer Stelle holen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion hat sich nun noch Herr Kollege Hahnen zu Wort gemeldet.

Uli Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin etwas überrascht. Nach der ausliegenden Redeliste wäre eigentlich die CDU dran gewesen. Ich stelle fest: Die CDU hat nichts mehr zu sagen. Das ist ein klares Signal, das wir wahrnehmen wollen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Kollege Börschel hat soeben in seinem Beitrag gesagt, es gebe keine Vorschläge vonseiten der CDU in Antragsform. Ich widerspreche meinem Kollegen Martin Börschel äußerst ungern, aber wenn man nur die Forderungen der CDU in diesem Jahr zusammenrechnet – zur dritten Lesung werden wir sie wahrscheinlich in Antragsform bekommen –, dann geht es um eine Summe von 1,144 Milliarden €.

Ich will das gerne auflisten: 90 Millionen € für den Stärkungspakt, 450 Millionen € zusätzlich für Kitas, 290 Millionen € für Inklusion, unbezifferte zusätzliche Mittel für die Ausbildung von Pflegekräften, 44 Millionen € für die Erhöhung von Kinderpauschalen, 10 Millionen € für Eingruppierungen von Grundschulleitungen, 100 Millionen € zusätzlich für Unwetterfonds, 35 Millionen € für digitale Bildung, 15 Millionen € für Lehrerfortbildung, 85 Millionen € für zusätzliche Masterstudiengänge und noch einmal 25 Millionen € für eine Medizinische Fakultät in Ostwestfalen-Lippe. Summe: 1,144 Milliarden €.

Das ist nur das, meine Damen und Herren, was wir von Herrn Kuper, Herrn Tenhumberg, Herrn Laschet und Herrn Kaiser an zusätzlichen Forderungen im Laufe dieses Jahres gehört haben, also nur von 6 % der CDU-Fraktion. Wer weiß, was in der dritten Lesung möglicherweise noch kommt, was wir von zusätzlichen Stellen für Lehrer, für Justizbeamte, für Finanzbeamte, für Polizisten hören. Und hier erzählen Sie etwas von Sparnotwendigkeiten, Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Als die Präsidentin am Anfang gesagt hat, es würde heute ein spannender Tag, hatte ich etwas Mitleid wegen dieser Äußerung. Aber dann fing Herr Dr. Optendrenk mit den Fantasien zum Fetisch an, und

ich dachte: Mensch, das könnte ja richtig spannend werden; das könnte noch eine tolle Diskussion geben. – Herr Dr. Optendrenk, Sie fordern: „anpacken statt labern“, so haben Sie sich ausgedrückt.

Die Regierung und die Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen packen an.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ja eine zupackende Rede!)

Sorry, das, was von Ihnen kam, möchte ich nicht – das ist so negativ belegt – mit Labern bezeichnen. Aber Sie haben heute doch relativ viele Luftnummern von sich gegeben.

Wie Sie zu dem Ergebnis kommen können, dass die Steuerergebnisse in Nordrhein-Westfalen gut seien, es den Unternehmen aber gleichzeitig schlecht ginge und immer weniger investiert werden könnte, diesen Widerspruch sollten Sie vielleicht noch aufklären. Er passt nicht zu einer halbwegs ordentlichen Begründung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie sagen, den Kommunen in Nordrhein-Westfalen ginge es schlecht. – Ja, ich gebe Ihnen recht, den Kommunen in Nordrhein-Westfalen müsste es besser gehen. Aber dank dieser Regierungskoalition geht es den Kommunen schon deutlich besser als zu Zeiten, als Sie sie haben ausbluten lassen.

(Beifall von der SPD – Oskar Burkert [CDU]: Wer glaubt denn das?)

In der verbleibenden Zeit noch ein Wort zum Kollegen Witzel:

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

An dem Survival-Paket, Herr Kollege Witzel: „Wie schläft man draußen ohne Schlafsack?“, sollten Sie sich beteiligen. Das ist doch schon mal ein Probeauf für 2017, wenn Sie aus diesem Haus rausmüsen. Dann wissen Sie, wie Sie draußen überleben können. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie fantasieren hier über das Thema „Soli 2019“, über Steuergerechtigkeit durch niedrigere Steuern. Ich sage Ihnen: Bisher haben Sie der Gerechtigkeit im Steuersystem – durch Ankauf von CDs, durch das Verhindern von Steuerabkommen mit der Schweiz – in allen Diskussionen der Vergangenheit einen Bärendienst erwiesen. Ganz ehrlich, Herr Kollege Witzel, wenn man ein so schlechtes Gewissen hat wie die FDP, dass man Steuergeschenke wie die an Mövenpick nur gegen Spenden macht, dann sollte man sich schämen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ja eine ganz neue Geschichte!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hahnen. – Nun hat sich noch einmal die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Lieber Kollege Hahnen, ich wollte einmal hören, wie Sie über den Haushalt reden, wenn Sie nicht ritualisiert nach meiner Rede einfach auf mich eindreschen können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das war hinreichend schwach, was Sie hier abgeliefert haben.

(Martin Börschel [SPD]: Anpacken statt labern!)

Deshalb haben wir uns die Freiheit genommen, dann Redezeit zu beantragen, wann wir es möchten, Herr Kollege.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Durch die Begründung ist schon mal wieder Redezeit weg!)

Herr Minister, Sie haben die Frage der Solidarität mit dem Land aus Sicht der Opposition angesprochen. Ich will Ihnen nur sagen – das ist der Unterschied zur SPD und zur Landesregierung in Bayern -:

Wenn wir in einer Talkshow eine Ministerpräsidentin erleben, die ihre Talk-Kolleginnen und -Kollegen ständig mit Ausdrücken wie „Unsinn!“, „Quatsch!“ und Ähnlichem unterbricht, dann möchten wir angesichts eines solchen Stils von Diskussion nicht die Hand reichen für eine Beratung über die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das haben die Menschen nicht verdient. Das erwarten die Menschen auch anders. Das ist nicht nur dünnhäutig. Das ist eigentlich auch keine angemessene Vertretung der Interessen dieses Landes durch eine Ministerpräsidentin. Dafür werden wir jedenfalls nicht die Hand reichen.

Wenn Sie etwas über den tollen Konsolidierungskurs dieses Landes erzählen, dann wollen doch einmal darauf eingehen, was sich bei den Haushaltsberatungen so alles abgespielt hat. Der Kollege Hahnen hat das im Unterausschuss „Personal“ selbst erlebt. Da haben wir nachgefragt, wofür denn einzelne Stellen im Umweltministerium eingerichtet werden. Uns wurde aus dem Ministerium dann erläutert, dass zwei neue Stellen zum Beispiel für visuelle Baumkontrollen eingerichtet werden, die sich durch Gebühren refinanzieren sollen. Inhaltlich – das versteht man ja erst einmal gar nicht – geht es um die Betreuung von Waldbesitzern bei der Besichtigung, ob es möglicherweise Äste gibt, die herunterfallen können.

Diese Stellen werden allerdings nicht eingerichtet, um den Privatleuten bei der Waldbewirtschaftung zu

helfen, sondern sie sollen geschaffen werden, um erst einmal den Bedarf bei den privaten Waldbesitzern zu ermitteln, um also festzustellen, ob die denn bereit sind, Gebühren dafür zu zahlen, wenn sie die Kontrollen durch den staatlichen Forst durchführen lassen. Dafür richtet der Umweltminister Stellen ein. Dann steht im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 des Landesbetriebs Wald und Holz Folgendes – ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident –:

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nicht nötig!)

„Dies zeigt sich auch in der ... noch nicht erfolgten Akzeptanz zur Abnahme entgeltpflichtiger, neuer Produkte wie zum Beispiel der ‚Visuellen Baumkontrolle‘.“

Wer da von sparsamer Haushaltsführung redet, dem muss man wirklich sagen: Genau das ist sozialdemokratische und grüne Haushaltspolitik, die zu Schulden in Milliardenhöhe führt.

(Beifall von der CDU)

Dieser Fall ist bezeichnend. Es besteht kein Markt, aber dann schafft man eben einen. Das ist Staat pur, und das ist keine Konzentration auf Kernaufgaben des Staates.

So lassen sich in diesem 64-Milliarden-Haushalt ganz viele Positionen finden, in denen zum Teil Absurdes, zum Teil Überflüssiges finanziert bzw. neu begonnen wird. So lösen Sie nicht die Probleme dieses Landes.

Zum Thema Schulsozialarbeit! Erinnern wir uns daran, was im Vermittlungsausschuss besprochen worden ist. Es ging darum, dass der Bund erkennbar keine Kompetenz hat, Schulangelegenheiten zu finanzieren.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine soziale Frage, keine Schulangelegenheit!)

Deshalb hat man seinerzeit einen Finanzierungsweg für drei Jahre verabredet, indem man bei dem Bildungs- und Teilhabepaket jeweils eine bundesanteilige Finanzierung vornimmt. Diese betrug jeweils 400 Millionen € pro Jahr einschließlich einer 2,8%igen Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für die Kosten von Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Anschließend hat man gesagt, wir erhöhen gleichzeitig die Bundesbeteiligung für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise auf 100 %.

Damit hat man eine starke Überkompensation aller Mehrkosten, die auch nur ansatzweise durch die Übernahme der Kosten für die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen durch das Land entstehen könnten. Diese 100 % sind hier in Nordrhein-Westfalen inzwischen eingesackt worden. Diese 400 Millionen € entsprechen 1,6 Milliarden €, die an die Länder gezahlt werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ja, natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Optendrenk, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich bei der Frage der Sozialarbeit an Schulen originär um keine schulische Angelegenheit handelt, sondern um eine Aufgabe der Sozialhilfe und Unterstützung, die Rot-Grün damals der CDU abgepresst hat, damit sich in der Frage Bildungs- und Teilhabepaket überhaupt etwas bewegt? Ihre ganze Argumentation ist falsch.

(Beifall von der SPD)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Liebe Kollegin Beer, ich bin bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie Ihre Legende weiterstricken, die sich in der Praxis als falsch erweist.

(Beifall von der CDU)

Ihre Legende besteht darin, in Abrede zu stellen, dass die pädagogischen Kräfte im Unterricht konkret Lehrerinnen und Lehrer unterstützen – das wissen Sie selbst ganz genau; sie unterstützen wirklich den Unterricht – und keine Hilfsanträge für irgendwelche Fördermittel ausfüllen. Sie wollen das aber nicht aus dem Haushalt der Schulministerin bezahlen, und deshalb verfallen Sie hier in Ausreden.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist Unfug!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Römer, mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus einem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion von 1981, Karl Josef Denzer; das ist genau das Damoklesschwert, das jetzt in der zweiten Hälfte dieser Wahlperiode über Ihnen hängt. Ich zitiere:

Liebe Genossinnen und Genossen, uns stehen keine leichten Wochen und Monate bevor. Ich denke dabei nicht nur an die Haushaltsberatungen, sondern auch an die auf euch zukommende Aufgabe, die notwendigen Einsparungen der Bevölkerung zu verdeutlichen.

Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Ich habe keine weiteren

Wortmeldungen. Damit schlieÙe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Einzelplan 12 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7512, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7512** mit Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über die Finanzplanung 2014 bis 2018 des Landes Nordrhein-Westfalen. Auch hier empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 16/7521, die Finanzplanung zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Fraktion der Piraten, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7521** mit großer Mehrheit **angenommen** und die **Kenntnisnahme erfolgt**.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die **Abstimmung zu Einzelplan 20, zum Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen** sowie zum **GFG**, wie mehrfach angekündigt, **erst morgen nach Abschluss aller Einzelpläne** vorgenommen wird. Die Abstimmung dazu und die Entscheidung über die entsprechende Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung erfolgt dann.

Damit rufe ich nunmehr auf:

Einzelplan 02
Ministerpräsidentin und Staatskanzlei
(Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und auf den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7502 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Jostmeier das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir beraten jetzt, wie der Präsident gerade ausführte, den Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin, die gerade nicht mehr da ist

(Widerspruch)

– doch, Entschuldigung, Frau Kraft! –, und der Staatskanzlei. Meine Damen und Herren, was der Kollege Dr. Optendrenk und auch der Kollege Witzel von der FDP gerade generell zum Haushalt vorgebracht haben, trifft speziell auch in vielem zu, was

wir für den Haushalt der Staatskanzlei zu sagen haben.

Die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen nimmt immer dramatischere Züge an. Die Regierung Kraft hat keinen Plan, wie sie den Haushalt und die jährliche Neuverschuldung in den Griff bekommen kann. Die sogenannte präventive Finanzpolitik hat nicht nur nichts verbessert, sondern hat vieles verschlimmert, insbesondere auch zum Nachteil der Städte und Gemeinden.

Die Regierung Kraft hat die Chance der vergangenen vier Jahre verpasst – nämlich die Chance, bei nie dagewesenen Steuereinnahmen und bei historisch niedrigen Zinsen entsprechende Haushaltspolitik zu machen. Alle anderen Bundesländer haben Schulden abgebaut. Wir haben vor wenigen Minuten vom hiesigen Finanzminister Walter-Borjans vernommen, dass er das damit verkauft, Nordrhein-Westfalen habe den sparsamsten Haushalt aller Bundesländer. Meine Damen und Herren, wer das glaubt, wird selig. Man höre sich das an.

(Beifall von der CDU)

Im Ergebnis muss Rot-Grün hier eingestehen, dass die Neuverschuldung allein für dieses Jahr auf 3,2 Milliarden € steigt. Der gesamte Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen liegt inzwischen bei über 140 Milliarden €. Und die Regierung Kraft verweigert sich seit vier Jahren beharrlich jeder grundlegenden Aufgabenkritik. Das erklärt, warum sie nicht in der Lage ist, Veränderungen bei den Ausgaben im Landshaushalt vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 02 der Staatskanzlei, der in den wesentlichen Ansätzen nur weitergeschrieben worden ist und bei dem sich keine innovativen Ansätze finden lassen, möchte ich zu drei Punkten konkret Stellung nehmen:

Erstens. Wir haben beantragt, bei dem Kapitel 050 – Kirchen – die Zuschüsse für die jüdischen Gemeinden, die Synagogensanierung und den Synagogenbau um 1 Million € zu erhöhen. Das hat seinen Grund darin, dass der Renovierungstau und der Renovierungsbedarf nachweisbar extrem hoch ist; das hat aber auch seinen Grund darin, dass die jüdischen Gemeinden inzwischen sehr viel mehr Geld als früher dafür verwenden müssen, dass sie ihre Gebetsstätten, ihre Häuser und Ihre Synagogen zu schützen haben.

Meine Damen und Herren, ich füge auch hinzu: Wir machen das nicht nur, um einen finanziellen Engpass bei den jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen überwinden zu helfen, sondern wir machen das auch und nicht zuletzt, um angesichts dessen, was gerade in der letzten Zeit an linksextremistischen und rechtsextremistischen antijüdischen Tendenzen und Äußerungen zu hören war, ein deutliches Zeichen zu setzen: Antisemitismus hat auch bei uns in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.